



LabourNet.de Germany

---

Christoph Jünke (Hrsg.)  
**Viktor Agartz** oder:  
Ein Leben für und wider  
die Wirtschaftsdemokratie

Dietz Berlin





---

# Inhalt

---

Viktor Agartz und die Lernprozesse in Sachen »Wirtschaftsdemokratie«	<b>9</b>
Von der alten zur neuen Wirtschaftsdemokratie	<b>15</b>
Agartz' Originalität: Zur Archäologie der neuen Wirtschaftsdemokratie	<b>31</b>
Letzte Ausfahrt Köln-Braunsfeld	<b>43</b>
Von der verweigeren Mitbestimmung zum Ende des Reformismus	<b>51</b>
<hr/>	
Texte von Viktor Agartz	<b>71</b>
1 Kölner Vorschläge für ein neues SPD-Programm (Herbst 1945)	<b>73</b>
2 Sozialistische Wirtschaftspolitik (Mai 1946)	<b>79</b>
3 Aktuelle Fragen der Wirtschaftspolitik (Juli 1946)	<b>95</b>
4 Zur Verteidigung des gewerkschaftlichen Mitbestimmungskampfes (September 1950)	<b>102</b>
5 Die Gewerkschaft ÖTV und das Mitbestimmungsrecht (1952)	<b>117</b>
6 Wider die Mitbestimmung als Ersatzlehre (Oktober 1954)	<b>147</b>
7 Die Mitbestimmung in der Sackgasse (September 1956)	<b>164</b>
8 Die Integration der Gewerkschaften in das kapitalistische System (Mai 1959)	<b>195</b>



---

Anhang	<b>205</b>
Biografische Daten	<b>207</b>
Personenregister	<b>212</b>
Schriften von und zu Viktor Agartz	<b>218</b>
Über den Herausgeber	<b>222</b>



## Viktor Agartz und die Lernprozesse in Sachen »Wirtschaftsdemokratie«

Christoph Jünke

Im Frühsommer des Jahres 1962 fuhr der junge und damals noch unbekanntere Journalist Günter Gaus in die nordöstlich von Köln gelegene bergische Kleinstadt Bensberg. Für die *Süddeutsche Zeitung* arbeitete er an einer Artikelreihe über in Ungnade gefallene nonkonformistische Außenseiter der Innenpolitik und die Frage, was diese einstmals Prominenten nun taten und dachten. An diesem Tage besuchte Gaus den Vorruheständler Viktor Agartz, der als sozialdemokratisch-sozialistischer Wirtschaftspolitiker und führender Gewerkschaftsinstrukteur die Nachkriegszeit entscheidend mitgeprägt hatte, bevor er Ende 1955 aus allen seinen Funktionen entlassen und 1957 einem aufsehenerregenden Landesverratsprozess unterworfen worden war. »Am bundesrepublikanischen Schicksal des Doktor Viktor Agartz«, eröffnete er sein anschließend veröffentlichtes Zeitungsporträt, »lässt sich am besten ablesen, wie kurz es erst her ist, dass wir eine ungegliederte Nachkriegsgesellschaft waren, und wie schnell dann alles in unserem neuen Staat gegangen ist: die Gliederung in Oben und Unten, das Erstarren anfangs noch fließender Übergänge, das Fußfassen – und natürlich auch das Hinausfallen – aus der wiederhergestellten Ordnung. [...] Heute lebt der 64-jährige unbeachtet und sogar verfehmt in einem hübschen Vororthaus bei Köln, vor nicht viel mehr als zehn Jahren war er häufiger Tischgast bei rheinischen Bankiers und Industriellen, in deren Häusern nach dem Käse die Gründe diskutiert wurden, die einen wohlhabenden Mann wie Viktor Agartz zum Sozialisten machen konnten. Neben Robert Pferdmeniges saß der Marxist in den Aufsichtsräten der wiedererstandenen Schwerindustrie; viel bewundert und noch mehr gefürchtet, galt er als der wichtigste Gegenspieler nicht nur Ludwig Erhards, sondern vielleicht auch Konrad Adenauers; die Schritte von sechs Millionen west-



deutschen Gewerkschaftsmitgliedern wurden von ihm vorausgedacht.« Doch »(k)ein zweiter Außenseiter der bundesrepublikanischen Gesellschaft ist so folgerichtig an den Rand gedrängt worden wie Agartz. Die Stationen seines Niederganges vom Theoretiker der mitgliederstärksten Organisation Westdeutschlands zum Privatier, der unter den Studenten in Warschau bekannter ist als unter denen in Bonn oder Frankfurt, entsprachen der zunehmenden Unlust der westdeutschen Parteien, Verbände und Bürger an grundsätzlichen Konzeptionen. Das Stichwort Entideologisierung begann unter den Sozialdemokraten etwa zur gleichen Zeit – zögernd noch – umzulaufen, zu der Agartz [Ende 1958] aus der Partei ausgestoßen wurde.«<sup>1</sup>

Agartz' Ausbürgerung aus der bundesdeutschen Innenpolitik hatte Anfang der 1950er-Jahre begonnen, als wirtschaftsliberale Journalisten und liberalkonservative Politiker den Leiter des gewerkschaftseigenen Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts (WWI) nicht zu Unrecht als die ebenso intellektuell wie politisch treibende Kraft hinter dem damals gerade in die letzte Runde gehenden Gewerkschaftskampf um Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung ausmachten. Hatte er sich in diesen Kreisen schon 1946/47 als oberster Leiter des zuerst britischen und dann bizonalen Wirtschaftsamtes den Ruf als Zentralist und sozialistischer Planwirtschaftler erworben, so begannen sie nun öffentlich von dem sozialdemokratischen Gewerkschafter als einem kalten Intellektuellen, einem anti-kapitalistischen Ideologen und Utopisten zu sprechen, der als Machtpolitiker und Klassenkämpfer die Gewerkschaften in die Radikalisierung und den Realsozialismus treibe. Bestätigt fühlen sollten sie sich 1954/55, als er in die gewerkschaftspolitische Offensive ging und auf dem dritten Bundeskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zur Generalabrechnung mit der liberalkonservativ restaurierten Bundesrepublik aufrief. Die BRD bewege sich, so Agartz, allgemein »in Richtung auf ein autoritäres Regierungssystem« und die politi-

1 Günter Gaus: »Viktor Agartz und die deutsche Linke«, in: Süddeutsche Zeitung, 9.6.1962 (Nachdruck in Reinhard Bispinck u. a. (Hrsg.): Wirtschaftsdemokratie und expansive Lohnpolitik. Zur Aktualität von Viktor Agartz, Hamburg 2008, S. 108ff.).

sche Wirklichkeit zeige »im Grunde nur wenige demokratische Züge«. Auch die von den Gewerkschaftern seit 1945 als Mittel gesellschaftspolitischer Neugestaltung immer wieder eingeforderte Mitbestimmung der organisierten Arbeitnehmer in allen Fragen personeller, wirtschaftlicher und sozialer Wirtschaftsführung und Wirtschaftsgestaltung werde damit offen konterkariert. Sie sei in ihrer aktuellen Form kein Mittel der Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft mehr, sondern ein seines eigentlichen Inhaltes entleertes Schlagwort, hinter welchem sich die von der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung immer abgelehnte Lehre von der Partnerschaft von Kapital und Arbeit verberge. Von starkem Beifall begleitet hielt Agartz hier an einer grundsätzlichen Neuordnung und Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft fest und betonte, »dass auf der Grundlage der bisherigen Eigentumsordnung eine solche von uns angestrebte optimale Lösung nicht möglich ist« und dass es gelte, sich von jeglicher Markt- und Profitlogik umfassend abzuwenden (siehe Text 6).

Die Antwort seiner politisch-ideologischen Gegner kam umgehend. Die deutschen Gewerkschaften stünden an einem Scheideweg, so der nun offen gegen ihn auftretende Oswald von Nell-Breuning: Wenn der DGB seinem »in einen Irrgarten staats-, gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Wahnvorstellungen«, »in den politischen und klassenkämpferischen Radikalismus« und, schlimmer noch, »in die Verantwortungslosigkeit« führenden Cheftheoretiker folge, werde dies die Spaltung der Einheitsgewerkschaft bedeuten.<sup>2</sup> Als einflussreicher Sozialphilosoph des christlichen Arbeitnehmersmilieus sprach der römisch-katholische Theologe nicht nur im Kampfauftrag seines christlich-sozialen Milieus, sondern auch der von diesem getragenen konservativen Adenauer-Regierung. Und er erfreute sich schon damals einer besonderen Wertschätzung führender Sozialdemokraten und Gewerkschafter, die in ihm ein unverzichtbares Bindeglied auf ihrem großkoalitionären Weg in

2 Oswald von Nell-Breuning: Wohin führt Dr. Viktor Agartz den DGB?, in: Gesellschaftspolitische Kommentare, Februar 1955 (Nachdruck in: Viktor Agartz: Wirtschafts- und Steuerpolitik – Expansive Lohnpolitik, hrsg. von Hans Willi Weitzen, Berlin 1986, S. 76–88).



die neue Konsensdemokratie sahen. Aus der innenpolitischen Aufregung wurde so eine innergewerkschaftliche Auseinandersetzung – und Agartz Ende 1955 von seinen eigenen Genossen gestürzt.

Agartz jedoch wollte weiterkämpfen und wusste dabei ein sich damals gerade neu formierendes Milieu von aufbegehrenden Sozialdemokraten und Gewerkschaftern, von heimatlosen Linken, nonkonformistischen Intellektuellen und jungen Studierenden hinter sich. Ab dem Frühjahr 1956 gab er zu diesem Zweck (zusammen mit Walter Horn, Theo Pirker und Leo Kofler) eine gewerkschaftspolitische Zweiwochenzeitschrift heraus, ließ sich diese jedoch, wie ein Jahr später aufgedeckt wurde, überwiegend aus Ostberlin finanzieren. Die Bundesstaatsanwaltschaft brachte ihn wegen landesverräterischer Beziehungen und »Rädelsführerschaft in einer verfassungsfeindlichen Vereinigung« vor den Bundesgerichtshof in Karlsruhe, wo er aber Ende 1957 von den wesentlichen Anklagepunkten freigesprochen wurde. Allerdings bestätigte das richterliche Urteil – im Namen des Volkes –, dass Agartz' Denken und Handeln »in der Tat [...] eine Fülle von Anknüpfungspunkten für die kommunistische Agitation« aufweise: »Das galt für sein Bestehen auf der Forderung, die Schlüsselindustrien in Gemeineigentum zu überführen, sein Eintreten für eine zentral gelenkte Planwirtschaft und gegen das von der Bundesregierung vertretene Konzept einer sozialen Marktwirtschaft, die Ablehnung des Gedankens der Sozialpartnerschaft zwischen Unternehmern und Gewerkschaften und der politischen Neutralität der Einheitsgewerkschaft verbunden mit dem Festhalten an den Vorstellungen des Klassenkampfes, der Forderung einer expansiven Lohnpolitik und der These vom politischen Lohn, der erkämpft werden müsse, und die Befürwortung von Massenaktionen. Auch sein entschiedenes Eintreten gegen jede Wiederbewaffnung der Bundesrepublik, die scharfe Kritik an der ›politischen Wirklichkeit der Bundesrepublik, die wenig demokratische Züge zeige‹, der Vorwurf der ›konservativen Restauration‹ und eines ›Vordringens faschistischer Elemente‹, sein Auftreten gegen den ›Antikommunismus‹, seine

unverkennbare Neigung, die absoluten Unterschiede zwischen der Verfassungsordnung der Bundesrepublik und der »DDR« zu relativieren, boten Ansatzpunkte, deren sich die Agitation des FDGB und der Kommunisten überhaupt nur zu leicht bedienen konnte. Als die Auffassungen und Forderungen eines bekannten westdeutschen Gewerkschaftlers und Wirtschaftstheoretikers mussten sie besonderes Gewicht gewinnen.«<sup>3</sup>

Mit diesem Diktum hatte ihn das oberste Gericht der Bundesrepublik zum politisch toten Mann erklärt, und die sozialdemokratisch-sozialistische Tradition, für die er stand, zu einem Teil des internationalen Kommunismus verklärt (denn keiner dieser konkreten Vorwürfe war spezifisch kommunistisch) und ein politisches Gesinnungsurteil gefällt, das eine verhängnisvolle Tradition kriminalisierbarer »Political Correctness« begründen sollte. Nachdem bereits im Sommer 1956 der westdeutsche Kommunismus mit dem KPD-Verbot zum Straftatbestand geworden war, galt nun, ein Jahr später, der davon sachlich zu unterscheidende Linkssozialismus als dessen politischer Zwillingbruder. Und so kam damals beides zusammen: eine nachhaltige Repressionswelle gegenüber linker Opposition und ein den gesellschaftlichen Durchbruch zum westdeutschen Sozialstaat ermöglichender weltwirtschaftlicher Boom. Historisch besiegelt war mit dieser Mischung aus Zuckerbrot und Peitsche nicht nur der ebenso faszinierende wie weithin vergessene gesellschaftspolitische Ausbruchversuch dieser ersten politischen Generation einer »Neuen Linken«, sondern auch das persönliche Schicksal des Viktor Agartz. Die alte Generation trat ab, die junge distanzierte sich, verdrängte und begann von Neuem – während Günter Gaus nach Bensberg fuhr.

Dass es keine sechs Jahre nach der von Gaus am Fall Agartz beklagten Diagnose einer »Unlust der westdeutschen Parteien, Verbände und Bürger an grundsätzlichen Konzeptionen« zu einer gleichsam neuen Lust an Theorie und Geschichte kom-

3 Das Verfahren gegen Dr. A und andere wegen Beziehungen zur Westabteilung des FDGB. Urteil vom 13. Dezember 1957, in: Wolfgang Wagner (Hrsg.): Hochverrat und Staatsgefährdung. Urteile des Bundesgerichtshofs, Bd. 2, Karlsruhe 1958, S. 196.





men sollte, ahnte damals wohl niemand. Doch es versteht sich fast von selbst, dass diese »68er« bei dem Versuch, sich ihre eigene, verloren gegangene Vorgeschichte wieder anzueignen, auch auf die westdeutsche »Restaurations«geschichte und seine Person stoßen mussten. Es fehlte allerdings der Zugang zu Agartz' Schriften, zu den wichtigsten Quellen und Dokumenten seines persönlichen Lebens und Wirkens, und es fehlten die nötige Sekundärliteratur und das kollektive Gedächtnis an diesen so originellen wie schwer einzuordnenden Vorläufer der Neuen Linken. Dass Konservative und Liberale auch nach »1968« keinerlei Interesse haben konnten, einen von ihnen selbst erfolgreich ausgebürgerten, nach links offenen Sozialdemokraten der alten Schule wiedereinzubürgern, dürfte ebenso nachvollziehbar sein wie die Tatsache, dass auch der Großteil der damals gerade salon- und regierungsfähig gewordenen Sozialdemokraten und Gewerkschafter wenig Grund hatte, an den Schlaf ihrer Welt zu rühren. Für die einen blieb Agartz der zu ignorierende, allenfalls zu belächelnde sozialistische Utopist und kryptokommunistische Ideologe, für die anderen das schlechte Gewissen ihrer eigenen politisch-historischen Kompromisse.

So dauerte es bis zur zweiten Hälfte der langen »roten siebziger Jahre«, bis die ersten Monografien zu Agartz erschienen. Doch seine wenigen damaligen Interpreten waren sich bemerkenswert uneinig, wofür sein Leben und Werk jenseits der üblichen Klischees und in all seiner aufscheinenden Widersprüchlichkeit eigentlich stand. Für die meisten Jungradikalen blieb er ein bloß ordinärer Sozialdemokrat, ein »Reformist« (Ernst-Ulrich Huster u. a.) und »gemäßigte(r) Linke(r)« gar (Hans-Peter Riesche). Andere dagegen betonten die »deutliche Distanz zu reformistischen Vorstellungen« (Bernhard Koolen) und seine »in wesentlichen Bereichen über den reformistisch begrenzten Ansatz« hinausgehenden Vorstellungen (Erich Ott). Auch Volker Gransow und Michael Krätke sowie Hans Willi Weinzen verteidigten damals Agartz' Wirtschaftspolitik und reklamierten ihn für eine radikal zu erneuernde linke Sozialdemokratie. Verstand ihn Koolen als einen in der Wolle gefärbten Linkssozialisten, sahen Gransow/Krätke in ihm einen klassischen Sozialdemo-

kraten und marxistisch versierten »revolutionären Reformisten«, während Weinzen seine tatsächliche Originalität als Vordenker einer »neuen Wirtschaftsdemokratie« herausarbeitete.

In den »bunten achtziger Jahren« jedoch, nach dem linken »Abschied vom Proletariat« und dem Ende der Arbeitergeschichtsschreibung, verblasste das Interesse auch wieder an Agartz. So finden sich in dem 1989 von der Büchergilde Gutenberg veröffentlichten *Lexikon linker Leitfiguren* zwar Hinz und Kunz aufbereitet – sogar jener katholische Priester und Nestor der katholischen Soziallehre, der seinen gesellschaftspolitischen Aufstieg fast ausschließlich seiner politischen Rolle beim historischen Sturz von Agartz zu verdanken hatte –, nicht dagegen Agartz selbst.<sup>4</sup> Auch im wiedervereinigten Deutschland sollten sein Name und seine Bedeutung weitgehend vergessen und verdrängt bleiben. Viktor Agartz blieb die *Persona non grata* der deutschen Politik und Gesellschaftswissenschaft und ein systematisches Werk über sein Leben und Werk gibt es bis heute nicht. »Nicht die linke Tradition Westdeutschlands, sondern die Archäologie muss zu Rate ziehen, wer wissen will, um wen es sich beim vergessenen früheren DGB-Chefdenker Viktor Agartz gehandelt hat«, so Dietmar Dath und Barbara Kirchner noch vor einem Jahrzehnt.<sup>5</sup>

### Von der alten zur neuen Wirtschaftsdemokratie

Der im November 1897 in Remscheid geborene und dort auch aufgewachsene Agartz war ein nicht untypisches Kind jener bergischen Arbeiterbewegung der vorletzten Jahrhundertwende, die als Inbegriff der klassischen Form des sozialdemokratischen Radikalismus in wilhelminischer Kaiserzeit gelten kann. In der bergischen Arbeiterbewegung verband man, wie Erhard Lucas in den 1970er-Jahren eindrucksvoll aufgezeigt hat,<sup>6</sup> ein ausgeprägt kämpferisches Klassenbewusstsein mit politi-

4 Edmund Jacoby (Hrsg.): *Lexikon Linker Leitfiguren*, Frankfurt a. M. 1989.

5 Dietmar Dath/Barbara Kirchner: *Der Implex. Sozialer Fortschritt: Geschichte und Idee*, Berlin 2012, S. 476. Das Folgende beruht auf einer solch archäologischen Forschungsarbeit.

6 Erhard Lucas: *Zwei Formen von Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung*, Frankfurt a. M. 1976.